

Evangelische Kirche von Westfalen

„... dass Menschenkinder unter dem Schatten deiner Flügel Zuflucht haben!“

Stellungnahme zum Jahrestag des 7. Oktobers

Die Evangelische Kirche von Westfalen verurteilt Gewalt beider Seiten, hebt die Opfer des Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 hervor und plädiert für Gerechtigkeit, Friedensbemühungen sowie Begegnung und Versöhnung über religiöse Grenzen hinweg. Sie fordert aus theologischer Verantwortung heraus eine geschwisterliche Solidarität mit allen Leidenden im Nahostkonflikt und betont die universale Gottesliebe, wonach Gott alle Menschen als seine Kinder sieht. Sie Die EKvW betont eine doppelte Solidarität – mit Israelis und Palästinensern sowie mit jüdischen und muslimischen Gemeinden in Deutschland und Europa – und bekennt sich zu einer Politik der Offenheit gegenüber Dialog, Menschenrechten und Schutz der religiösen Freiheit.

Keywords: Interreligiöser Dialog, Christentum, Judentum, Terrorangriff der Hamas auf Israel 2023, Solidarität

„Wie köstlich ist deine Güte, Gott, dass Menschenkinder
unter dem Schatten deiner Flügel Zuflucht haben!“
Psalm 36,8

In Verantwortung vor Gott, dem Schöpfer, blicken wir auf das Leben aller Menschen unabhängig von deren Nationalität und Religion. Wir vertrauen darauf, dass für Gott alle Menschen seine Kinder sind. Aus diesem Glauben heraus blicken wir auf die Geschehnisse in Israel und Palästina und nehmen die Not wahr, die Menschen aus verschiedenen Völkern und unterschiedlichen Glaubens in furchtbarer Weise trifft. In geschwisterlicher Solidarität sind wir so auf Israelis und Palästinenser verwiesen. Vor einem Jahr, am 7. Oktober 2023, überfielen Terroristen der Hamas aus dem Gazastreifen heraus mehrere Kibbuzim und ein Musikfestival in Israel, töteten etwa 1200 Menschen auf grausamste Weise und verschleppten über 200 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen. Einwohner*innen der betroffenen Orte wurden zu ihrer eigenen Sicherheit evakuiert. Israel wurde danach fortlaufend durch Raketen aus dem Gazastreifen und aus dem Südlibanon angegriffen. Das Gewaltpotential vor allem des Irans, der Hisbollah, der Hamas und der Huthi-Rebellen ist weiterhin eine Bedrohung für die Existenz des Staates Israel.

Die militärische Reaktion Israels führte im Gaza-Streifen zu Flucht, Zerstörung und Hunger. Zehntausende von Toten und Verletzten sind in diesem Krieg als Opfer zu verzeichnen. Häufig wird die Kriegsführung Israels dafür verantwortlich gemacht, dass bei den Angriffen Zivilist*innen nicht ausreichend geschützt werden. Jedoch muss auch auf die menschenverachtende Taktik der Hamas hingewiesen werden, die die eigene Bevölkerung als Schutzschild benutzt und deren Tod als Teil ihres Kalküls einplant. Ohnehin gilt es, die völkerrechtliche Asymmetrie zwischen dem anerkannten Staat Israel und der das Völkerrecht ignorierenden Terrorgruppe Hamas wahrzunehmen.

Sowohl die israelische als auch die palästinensische Gesellschaft sind schwer traumatisiert. Jede und jeder im Heiligen Land hat Freund*innen und Verwandte unter den Toten, Verletzten und Geflüchteten. Zur seelischen Not kommt die materielle Not, die vor allem die Palästinenser im Gazastreifen trifft, aber in einem hohen Maß auch die Palästinenser im Westjordanland und auch zunehmend israelische Familien bedroht. Palästinenser*innen im Westjordanland beklagen, dass radikale jüdische Siedler im Schatten des Krieges sich mit Gewalt Land aneignen und palästinensische Einwohner*innen bedrohen.

Der Terroranschlag am 7. Oktober und der darauffolgende Krieg haben Folgen für die Situation in Deutschland mit sich gebracht. Sowohl Jüdinnen und Juden als auch Menschen mit palästinensischen Wurzeln, die in Deutschland leben, trauern und bangen um Verwandte und Freund*innen im Nahen Osten. Jüdinnen und Juden erleben seit dem 7. Oktober einen enormen Anstieg von offenem Antisemitismus. Muslim*innen, unabhängig von ihrer familiären Herkunft, berichten davon, dass sie einem grundlegenden Misstrauensverdacht ausgesetzt sind. Interreligiöse Aktivitäten, an denen bisher christliche, jüdische und muslimische Gläubige beteiligt waren, wurden an vielen Orten wegen dieser Entwicklungen abgesagt oder befinden sich in einer Krise.

Angesichts der skizzierten Situation im Nahen Osten und in Deutschland erklärt die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW):

- „Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“ (1. Kor 12,26) – Die EKvW versichert den Kirchen im Heiligen Land – insbesondere der Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land (ELCJHL) – ihre Verbundenheit. Auch wenn in Einzelfragen des Nahostkonfliktes die Sichtweisen verschieden sein mögen, eint uns der Auftrag, Gottes Liebe zu leben, Hoffnung weiterzutragen und für Gerechtigkeit mutig einzutreten. Die EKvW ist erschrocken, wenn Kirchen und kirchliche Einrichtungen angegriffen und zerstört werden, wenn Christ*innen vertrieben und getötet werden und wenn im Land der Bibel christliche Existenz zunehmend gefährdet wird. Sie betet für die Geschwister in Christus.
- Die EKvW ist bestürzt darüber, dass die Waffen im Nahen Osten nicht schweigen. Sie spricht den Angehörigen der Opfer des palästinensischen Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 ihr Beileid aus und bangt gemeinsam mit ihnen um die weiterhin in Gaza festgehaltenen Geiseln. Die EKvW beklagt die hohe Zahl an Toten im Gazastreifen und drückt ihren Angehörigen ihr Beileid aus.
- Die EKvW bekräftigt den Beschluss von Kirchenleitung und Synode im November 2017: „Wir halten es [...] für unverzichtbar, den schwierigen Weg der Solidarität mit den leidenden Menschen aller beteiligten Konfliktparteien, Israelis wie Palästinensern, sowie Juden, Christen und Muslimen zu gehen.“ Sie verweigert sich Bestrebungen, die Komplexität des Israel-Palästina-Konflikts durch Vereinfachungen zugunsten der einen oder der anderen Seite aufzulösen.
- Die EKvW ist sich bewusst, dass es keinen Königsweg zur Lösung des Konflikts gibt. Sie hält jedoch weiterhin an dem Grundsatz ihrer Erklärung von 2017 fest: „Frieden kann es in Israel und Palästina nur geben, wenn das Existenzrecht Israels genauso anerkannt wird wie das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.“

- Eine Regulierung des Konflikts als ersten Schritt hin zu einer Lösung ist nach Meinung der EKvW nur möglich, wenn es Möglichkeiten der Begegnung zwischen den beteiligten Konfliktparteien gibt. Die EKvW unterstützt daher – neben Notfallhilfen – Initiativen, die Begegnung und Kooperation jenseits festgefahrener Grenzen fördern und für Frieden und Gerechtigkeit sowie für die Einhaltung der Menschenrechte eintreten.
- Die EKvW unterstützt alle politischen Bestrebungen, die in der jetzigen Situation für eine Befreiung der Geiseln und für eine Feuerpause als ersten Schritt hin zu einem Waffenstillstand eintreten.
- In besonderer historischer Verantwortung für das jüdische Leben in Deutschland tritt die EKvW für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden sowie jüdischer Einrichtungen in Deutschland ein. Sie wendet sich gegen antisemitische Einstellungen, Worte und Taten innerhalb ihrer Strukturen und innerhalb der deutschen Gesellschaft.
- Die EKvW lehnt einen Generalverdacht gegenüber Muslim*innen und ihrer Organisationen ab und setzt sich angesichts radikalisierender Tendenzen gegen islamfeindliche Einstellungen, Worte und Taten ein.
- Die EKvW unterstützt Bemühungen und Organisationen, die sich – sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch im Nahen Osten – dem Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religionen, insbesondere von Jüdinnen*Juden, Christ*innen und Muslim*innen, verpflichtet haben.
- Die EKvW weiß sich in ihrem Anliegen eins mit der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), die auf ihrer 9. Vollversammlung in Sibiu (27. August bis 2. September 2024) dazu aufruft, „auf der Seite der Betroffenen von Terror, Gewalt und Unterdrückung“ zu stehen, „unabhängig davon, welcher Nation, Sprache oder Religion sie angehören“ (Aufruf „Interreligiöse Beziehungen im europäischen Raum im Kontext der gewaltsamen Konflikte im Nahen Osten“).
- Die Kirchenleitung der EKvW bittet ihre Kirchenkreise und Gemeinden sowie ihre Ämter und Werke, die hier aufgeführten Standpunkte zu übernehmen, insbesondere die Position der doppelten Solidarität mit allen Leidenden im Israel-Palästina-Konflikt und mit allen, die für Begegnung und Versöhnung eintreten.

Quelle:

https://www.evangelisch-in-westfalen.de/fileadmin/user_upload/stellungnahme_jahrestag_7._oktober_240926.pdf (2025-09).